

# **Für einen feministischen Frieden und gegen die Militarisierung**

*Positionspapier der Geschäftsleitung zu Handen der Mitgliederversammlung der SP Frauen Schweiz vom 7. Februar 2026*

- 5 Die Welt steht in Flammen. Autoritäre Kräfte befinden sich global auf dem Vormarsch. Menschenrechte, Demokratie und rechtsstaatliche Prinzipien werden durch autoritäre Kräfte offen angegriffen und untergraben. Dass die internationale Ordnung sich grundlegend verändert, ist kein Zukunftsszenario mehr. Es ist eine Tatsache. Diese Machtverschiebung wird auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen. Die Kriegstreiber und Despoten dieser Welt
- 10 verstricken sich zunehmend in gewaltsamen geopolitischen Konfrontationen, während staatlicher Neokapitalismus und Libertäre das Vakuum ausnutzen, um ihre Profite ins Unermessliche zu steigern. Zugleich streichen sie Ressourcen für die Entwicklungszusammenarbeit, Sozialstaat und Wohlfahrt. Die militärische Aufrüstung und der Abbau globaler Solidarität führen zu einer gefährlichen Negativspirale, in der nur das Recht
- 15 des Stärkeren zählt.

Auch in der Schweiz sehen wir, wie Menschenrechte und das Völkerrecht zunehmend in Frage gestellt und finanzielle Mittel für die internationale Zusammenarbeit gekürzt werden. Dabei wäre gerade die Schweiz in diesen Zeiten gut beraten, sich mutig und dezidiert für einen anderen Weg zu engagieren.

## **20 Für einen feministischen Pazifismus**

- Seit der Jahrtausendwende erleben wir eine Instrumentalisierung von Frauenrechten zur Begründung von nationalistischen Interessen. Die italienische Soziologin Sara R. Farris definiert diese Strategie als „Femonationalismus“. Ein besonders offensichtliches Beispiel dafür ist die Invasion Afghanistans, welche mit der „Befreiung der Frauen“ gerechtfertigt wurde. Darunter versteckt sich eine Instrumentalisierung der Frauenrechte für imperiale Kriege und Machtinteressen. Gerade in Afghanistan sieht man denn auch, welche fatalen Folgen solche Kriegstreiberei insbesondere für die Frauen hat.

- Im Kontrast zu diesem Konzept definieren wir unsere Haltung als feministischen Pazifismus. Historisch wurden pazifistische Bewegungen massgeblich von Frauen getragen. Feministische Organisationen prägten entscheidend das Verständnis von Gewaltfreiheit, internationaler Solidarität und Sorgeethik als Grundlage für nachhaltigen Frieden. Dabei stehen Kooperation und Reparation im Fokus und nicht Bestrafung oder militärische Eskalation. Statt Gewaltzirkeln nachzugeben, adressiert der feministische Pazifismus die strukturellen Ursachen von Gewalt: Patriarchat, Kapitalismus, Rassismus und Sexismus. Das bedeutet, neue Systeme aufzubauen, die auf gegenseitiger Hilfe, Solidarität und Sorgeethik basieren – nicht auf Dominanz und Hierarchie. Zentral dafür ist eine Praxis von Sorge und Wiederherstellung von Beziehungen statt Bestrafung und Kontrolle. Dabei bieten die Menschenrechte und die Völkerrechte die Basis für diesen Frieden. Feministischer Pazifismus anerkennt Frauen und marginalisierte Gruppen nicht als Opfer, die es zu schützen gilt, sondern als aktive Akteur:innen, die Frieden

40 schaffen. In diesen Überlegungen inkludiert ist explizit das Menschenrecht auf Selbstverteidigung und auch der Widerstand gegen (strukturelle) Gewalt.

### **Stopp der Militarisierung**

45 Dieser feministische Pazifismus richtet sich auch gegen die Normalisierung von Frauenbeteiligung in militärischen Strukturen wie der Schweizer Armee. Aktuell werden in der Schweiz Reformen wie Wehrpflicht für Frauen und der obligatorische Armee Orientierungstag diskutiert. Das gesetzte Ziel von 10% Frauen bis 2030 wird unter dem Deckmantel der „Gleichstellung“ präsentiert, aber das ist Täuschung. Die Eingliederung von Frauen in eine Institution, die auf Hierarchie, Befehl und Unterwerfung beruht, ist keine Befreiung. Die vermehrte Rekrutierung von Frauen in die Armee bedeutet nicht Gleichstellung – es ist die 50 Militarisierung von Frauen.

55 Militärische Strukturen reproduzieren Gewalt – gegen andere Menschen, aber auch intern gegen die Soldatinnen selbst. Vor einem Jahr belegte eine Studie der Armee, dass 90% der Frauen in der Armee Diskriminierung und Sexismus erlebt haben. 40% berichten von sexualisierter Gewalt während ihrem Dienst.<sup>1</sup> Frauen berichten von Vergewaltigungen, Diskriminierung und „victim blaming“ durch die Institution. Dies ist keine Anomalie, sondern die Logik in den sexistischen Strukturen der Armee und des Militarismus: Der Feind wird verankert. Die Militärhierarchie schützt Täter, nicht Opfer. Eine Wehrpflicht für Frauen würde nicht zu Gleichstellung führen – sie würde Frauen in ein System zwingen, das ihnen aktiv schadet. Eine feministische Vision muss deshalb die Abschaffung der Wehrpflicht für alle 60 beinhalten.

### **Waffenrecht und Waffenexporte einschränken**

Auch ausserhalb der Armee bedroht die allgemeine Schweizer Wehrpflicht direkt die Sicherheit der Frauen: Durch die Wehrpflicht zirkulieren massiv Waffen in der Gesellschaft. 65 Soldaten bringen Waffen nach Hause, lagern sie in privaten Haushalten. Nicht selten gelangen diese Waffen durch Diebstahl, Weitergabe oder Missbrauch in die falschen Hände. Besonders fatal ist dies im Kontext von häuslicher Gewalt und Femiziden: Studien zeigen, dass dort, wo der Zugang zu Waffen hoch ist, die Tötungsrate von Frauen durch „Intimate Partner Violence“<sup>2</sup> um ein Vielfaches höher ist. Wenn ein Mann Zugang zu einer Waffe hat – ob aus 70 Militärbeständen oder privatem Waffenbesitz – steigt das Risiko, dass eine Frau getötet wird. Die allgemeine Wehrpflicht trägt also direkt zu dieser tödlichen Infrastruktur bei.

Waffenkontrolle ist daher nicht nur eine Frage von internationaler Sicherheit, sondern eine zentrale Geschlechtergerechtigkeitsfrage. Die Schweiz braucht restriktive Waffengesetze, um Frauen vor dieser alltäglichen, tödlichen Gewalt zu schützen. Es braucht eine Beschränkung von Privatwaffenbesitz, eine stärkere Kontrolle militärischer Waffenlager und strengere

---

<sup>1</sup> <https://www.vtg.admin.ch/de/nsb?id=102968>

<sup>2</sup> Intimate partner violence bedeutet häusliche Gewalt durch einen aktuellen oder ehemaligen Ehepartner oder Partner in einer intimen Beziehung

75 Regulierung von Waffentrainings und -zugang. Wir stellen uns jeglichen Versuchen entgegen, bestehende Regulierungen wie das Verbot der Taschenmunition zu lockern.

Die Schweiz wird gern mit ihrer Geschichte als Geburtsort des IKRK und als Depositarstaat der Genfer Konventionen in Verbindung gebracht. Gleichzeitig ist die Schweiz aber auch eine der grössten Rüstungsexporteurinnen der Welt – inklusive Dual-Use-Gütern wie zum Beispiel

80 Überwachungstechnologien – mit fatalen Konsequenzen für Frauen und Minderheiten überall. Ob Sudan, Jemen oder Nigeria: Schweizer Waffen und Dual-Use-Güter gelangen in Kriegsgebiete, in Länder mit autoritären Regimen und führen zu Unterdrückung, Einschüchterung und Tod. Diese Exporte erfolgen unter dem Deckmantel von „sicherheitspolitischen Interessen“, bei denen Profite über Menschenrechte gestellt werden. Es ist deshalb wichtig, sich der Rüstungslobby und ihren Versuchen, die Kriegsmaterialimporte zu lockern, entschlossen entgegenzustellen.

### **Für globale Solidarität**

Angesichts des Wegfalls der Mittel von USAID und anderer internationaler Entwicklungsorganisationen geraten Millionen Menschen direkt in existenzielle Notlagen.

90 Zahlreiche soziale und humanitäre Projekte stehen vor dem Aus. In dieser Situation muss die Schweiz als reiches Land ihre internationale Verantwortung wahrnehmen und Friedenspolitik aktiv mitgestalten. Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Friedensförderung dürfen keinesfalls abgebaut werden, sondern müssen als zentrale Pfeiler einer glaubwürdigen und aktiven Aussen- und Sicherheitspolitik gestärkt werden. Als Standort des internationalen 95 Genfs besitzt die Schweiz die besondere Ressource und Verpflichtung, weltweit Standards für Frieden und Menschenrechte einzufordern, die Einhaltung des Völkerrechts zu betonen sowie die Staatengemeinschaft zur Erhöhung ihrer Entwicklungsinvestitionen zu ermutigen. Solidarische Kollaboration über nationale Grenzen hinweg und gefestigte internationale Netzwerke sind die Basis, um nachhaltige Perspektiven für Betroffene von Armut und Gewalt zu 100 schaffen und der Krisenspirale entgegenzuwirken.

Gerade jetzt braucht es eine mutige und solidarische Schweiz, die ihrer humanitären Tradition verpflichtet bleibt – nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis. Sie muss sich entschieden für Frieden, Abrüstung, Menschenrechte und Demokratie sowie gegen Willkür und Eskalation einsetzen.

### **105 Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg**

Auf internationaler Ebene stellt die UNO-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit einen Meilenstein für die feministische Friedenspolitik dar. Sie fordert die Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen und erkennt die Betroffenheit von Frauen im Krieg an: Kriege werden fast ausschliesslich von Männern initiiert, Frauen tragen jedoch die Hauptlast der

110 Aufrechterhaltung der Gesellschaft durch Care-Arbeit und Versorgung. Gleichzeitig sind sie spezifischen Gewaltformen ausgesetzt, insbesondere sexualisierter Gewalt, Vertreibung und langfristiger ökonomischer Prekarisierung.

25 Jahre später bleibt die Resolution 1325 und ihre Folgeresolutionen jedoch nicht nur nicht umgesetzt – die aktuelle Schweizer Umsetzung zeigt auch, dass es oberflächlich und

115 widersprüchlich ist.<sup>3</sup> Denn die Resolution führt zu einer «Add Women and Stir»-Strategie – Frauen sitzen zwar am Tisch, doch die militarisierten Strukturen bleiben unverändert. Frauen werden ausserdem primär als Opfer dargestellt, deren Schutz durch bestehende (männliche) Strukturen gewährleistet werden soll. Zusätzlich ignoriert sie strukturelle Gewalt völlig, denn Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von bewaffneten Konflikten.

120 Ein feministischer Frieden anerkennt die Existenz eines Kontinuums zwischen Krieg, sexualisierter Gewalt, häuslicher Gewalt und alltäglicher Unterdrückung. Militarismus, Kapitalismus und Patriarchat sind eng miteinander verbunden. Solange Sexismus, Rassismus, ökonomische Ausbeutung und soziale Ausgrenzung das alltägliche Leben durchdringen, gibt es keinen Frieden für alle. Ein echter feministischer Frieden erfordert nicht nur die Inklusion von Frauen, sondern vor allem auch die Transformation der patriarchalen, rassifizierten und kapitalistischen Strukturen, die Gewalt hervorbringen. Er bedeutet intersektionale, dezentralisierte, von unten getragene Bewegungsarbeit und keine Kooptation durch Nationalstaaten und militarisierte Sicherheitsapparate.

125  
130 Die Schweiz muss ihre Verpflichtung wahrnehmen und sich stärker für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Resolution 1325, der UNO-Nachhaltigkeitsziele 5 und 16<sup>4</sup>, CEDAW<sup>5</sup> und der Istanbul Konvention einsetzen. Aber sie muss sich auch neu positionieren, Allianzen und Mehrheiten in der UNO und anderen internationalen Gremien schmieden und stärker für eine mutigen, kooperative und integrale Diplomatie einstehen.

### 135 **Forderungen**

- Die SP Frauen fordern, dass die Schweiz ihren internationalen Zusagen und ihrem verfassungsmässigen Auftrag zur Reduktion von Not und Armut sowie der Förderung von Demokratie und Menschenrechten endlich nachkommt und 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungsfinanzierung und die Friedensarbeit aufwendet und absichert.
- Die SP Frauen fordern, dass die Schweiz systematisch dokumentiert, welche Gewalt Frauen und andere vulnerable Personen in der Armee erlebt haben. Sie muss diese Gewalt ahnden und Massnahmen dagegen ergreifen.

---

<sup>3</sup> Der nationale Aktionsplan (NAP) 1325 der Schweiz (2021–2025) umsetzt die UN-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit durch vier Schwerpunkte: Partizipation, Schutz, Prävention und Reintegration.

<sup>4</sup> SDG 5 (Geschlechtergleichstellung) fordert die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie ihre volle Teilhabe in Führungsrollen. SDG 16 (Frieden, Gerechtigkeit, starke Institutionen) zielt auf die Reduktion aller Formen von Gewalt, inklusive geschlechtsspezifischer Gewalt, und inklusive Partizipation marginalisierter Gruppen ab.

<sup>5</sup> CEDAW (Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, 1979) verpflichtet Staaten zur Geschlechtergleichstellung, Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und intersektionaler Diskriminierung sowie Frauenrechte in Konflikten – inklusive Schweiz seit 1997

- Die SP Frauen stellen sich gegen die Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen.  
145 Frauenbefreiung bedeutet nicht, Frauen in patriarchale Militärstrukturen zu zwingen, sondern diese grundsätzlich zu überwinden.
- Die SP Frauen lehnen die obligatorischen Orientierungstage für 17-Jährige ab. Die Schweiz soll stattdessen in Friedensbildung, Konfliktlösung und gewaltfreie Kommunikation investieren.
- 150 • Die SP Frauen fordern, dass das Schweizer Militärbudget nicht weiter erhöht wird und eine Studie über die Effizienz der eingesetzten Mittel gemacht wird. Auf dieser Grundlage sollen Finanzierungen des Militärs in Frage gestellt werden.
- Die SP Frauen fordern eine Abkehr von einem rein nationalstaatlichen und militaristischen Sicherheitsverständnis und einen Strategiewechsel des VBS. Bei 155 diesem soll die Stärkung eines menschzentrierten Sicherheitskonzept im Vordergrund stehen und die Rechte marginalisierter Personen sowie ein nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen mitgedacht werden.
- Die SP Frauen fordern einen Stopp der kürzlich beschlossenen Lockerungen des Kriegsmaterialgesetzes und ein striktes Exportverbot für Kriegsmaterial sowie Dual-Use-Güter in Konflikt- und Menschenrechtskrisenregionen. Keine Ausnahmen, keine 160 Generalausfuhrbewilligungen – Transparenz und Neutralität statt Profite auf Kosten von Menschenrechten.
- Die SP Frauen unterstützen das Kriegsmaterial-Referendum.
- Die SP Frauen fordern, dass die Schweiz ihren nationalen Aktionsplan zur Umsetzung 165 der Resolution 1325 ausbaut und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstattet.